

Stadt-Region

Kontroverse über den «Abendspaziergang»

STADTRAT · Der am 1. März in Bern stattfindende «Antifaschistische Abendspaziergang» wirft seine Schatten voraus (siehe auch Seite 13): Am Donnerstag stritt der Stadtrat über Demonstrationsrecht, Randalierer und Tränengas. Mehrere Vorstösse von Linken und Bürgerlichen waren nach der antifaschistischen Kundgebung vom 18. März 2002 und deren unfriedlichem Ausgang eingereicht worden. Während die Junge Alternative und das Grüne Bündnis die Polizei zu einer «deeskalierenden Strategie» aufriefen, richtete FDP-Stadtrat Philippe Müller seine Warnung an die Demonstranten: «Sie sollen froh sein, dass sie es nur mit der Polizei und nicht mit den betroffenen, geschädigten Bürgern zu tun bekommen.»

Müller kritisierte zudem die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (Ikur), die ihre Aufgaben nicht erfüllt habe, weil sie Randalierern Unterschlupf biete: «Die Gewaltbereitschaft steigt, wenn die Möglichkeit besteht, in der Nähe des Tatorts Sicherheit zu finden.» Die SP habe zwar keinerlei Sympathien für Krawallmacher, erklärte **Corinne Mathieu**: Mehrmals habe die SP die Ikur dazu aufgerufen, von gewalttätigen Bewegungen Abstand zu nehmen, erinnerte **Mathieu**. Doch die Bürgerlichen heizten die Stimmung auf, indem sie die Reitschule zum Hassobjekt machten. Wer wie Polizeidirektor Kurt Wasserfallen Krawallmacher als «Terroristen» bezeichne, handle ebenfalls verantwortungslos. SVP-Vertreter Thomas Weil geisselte «die Rhetorik der Linken» als scheinheilig und fahrlässig. Die Polizei sei unpolitisch. Weil: «Bei der Feuerwehr wird auch nicht darauf geachtet, ob sie zu viel oder zu wenig Wasser einsetzt.»

«Hier wird nichts Neues diskutiert», stellte Polizeidirektor Wasserfallen fest. Er appellierte an die Organisatoren, sie sollten sich frühzeitig mit der Polizei über Durchführung und Ordnungsdienst absprechen. (dv/sda)